



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 154. Ratssitzung vom 17. September 2025

5114. 2024/551

**Motion von Matthias Renggli (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 04.12.2024:
Offenlegung des Quellcodes von Software der Stadt Zürich, Schaffung einer gesetzlichen Grundlage**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Renggli (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4041/2024):
Wie viele vielleicht mitbekommen haben, wurde ein Pendant dieses Vorstosses wenige Tage vor der Motion beim Kantonsrat mit breiter Unterstützung eingereicht. Auch dort durfte ich mitschreiben. Plötzlich ging alles schnell und weil wir möglichst zeitnah einreichen wollten, haben wir keine weiteren Fraktionen abgeholt. Dafür entschuldige ich mich bei jenen, die gerne mitmachen wollten. Der Vorstoss wurde etwas später auch in Winterthur eingereicht: Fredy Künzler hat das Kunststück vollbracht, dass alle Fraktionen und Mitglieder des Grossen Gemeinderats, die am Platz waren, mitunterzeichnet haben. Anstatt von Open Source zu schwärmen, zitiere ich eine Passage aus der Botschaft des Bundesgesetzes über den Einsatz von elektronischen Mitteln zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EM BAG): «Open Source Software wird sich zukünftig in der Verwaltung weiter ausbreiten, namentlich im Rahmen von Beschaffungen, wo der Schwerpunkt vermehrt auf Funktionalitäten und Services liegt. Die verwendeten Standards, die Unabhängigkeit von Lieferanten und Produkten, der Austausch mit der Community von Nutzern und Entwicklern sowie die sich daraus ergebenden Nutzen von Fortentwicklungen, die Sicherheit, die Stabilität und mögliche Kosteneinsparungen sind etwa zu nennen.» Dem anzufügen ist, dass mit dem digitalen Trend rund um Künstliche Intelligenz (KI) Open Source nach unserer Einschätzung noch wichtiger wird. KI vermag die Softwareentwicklung weiter zu beschleunigen. Somit ist die Idee: Je mehr Gemeinwesen eine ähnliche Rechtsgrundlage haben, umso besser skaliert der Effekt, dass Synergien entstehen und Kosten eingespart werden können. Wie wichtig lokales Know-how ist, sehen wir anhand der heutigen Handelsbeziehungen, die nicht mehr gleich verlässlich wie noch vor wenigen Jahren sind. Insgesamt können damit auch die digitale Souveränität gestärkt und die Abhängigkeit von einzelnen Softwareherstellern reduziert werden. In diesem Sinn soll die Motion auch mithelfen, Innovation zu fördern und den Standort zu stärken.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir sind, glaube ich, nicht meilenweit entfernt von den Motionären. Trotzdem konnte der Stadtrat zum Zeitpunkt der Einreichung der Motion nichts anderes sagen, als dass es noch zu früh für eine städtische Verordnung sei. Wie man sie machen müsste, haben wir Ihnen in der Antwort unter fünftens ausführlich aufgelistet. Man darf sich aber keine Illusionen machen. Open Source Software ist mittlerweile recht weit verbreitet in der Stadt Zürich: bei Server-Betriebssystemen, Applikationen, Datenbanken, System-Monitoring-Werkzeugen, Verzeichnungsdiensete, Projektmanagement und vielem mehr. Allerdings ist ein grosser Teil der eingesetzten Tools Standard-Software, die man am Markt bekommt. Das hat gewisse Gründe, die wir aufgelistet haben. Zum Beispiel sind Haftungsfragen, Wartung und Unterhalt bei Open Source Software zum Teil noch nicht geklärt. Es gibt viele offene Fragen. In der Motion sprechen Sie von Eigenentwicklungen. Das ist aber relativ selten, da sie sich nicht bewährt haben und kostentreibend sind. Daher setzen wir auf Standard-Software oder Open-Source. Wird eine Standard-Software weiterentwickelt, dann meist auf Basis des Bestehenden. Ich zweifle daher an der Umsetzungsmöglichkeit der Motion. Nichtsdestotrotz können wir uns eine Verordnung vorstellen, allerdings nicht innerhalb von zwei Jahren. Aus meiner Sicht wäre es optimal, mit den Motionsvorschlägen abzuwarten, bis klar ist, was der Kanton macht. Darauf muss sich die Gemeinde abstützen. In diesem Sinn lehnen wir die Motion ab und beantragen die Überweisung als Postulat, weil wir Potenzial sehen.*

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): *Eine Entschuldigung ist nicht nötig, Matthias Renggli (SP):* *Bei mir hättest du so oder so auf Granit gebissen. Mit diesem Vorstoss soll Zürich einmal mehr der Pestalozzi der Welt sein. Es reicht nicht, dass wir unsere Trams ins Ausland verschenken, jetzt soll es auch noch die Software sein. Du sagst richtig, dass es den Vorstoss schon im Kantonsrat gab. Daher ist der Wissensgewinn nicht gross. In der Motion wird auf Sicherheitsrisiken verwiesen. Selbst wenn man Ausnahmen aus sicherheitsrelevanten Gründen definieren kann, ist ein Restrisiko nicht auszuschliessen. In dubio pro securo. Wenn Quellcodes offengelegt werden, eröffnet das potenzielle Schwachstellen für Angriffe durch Cyberkriminelle und andere Akteure. Wir glauben nicht an das Gute im Menschen. Die Kosten und der Ressourcenaufwand würden natürlich steigen. Auch wäre eine Umstellung der Prozesse sowie eine rechtliche Prüfung nötig. Das würde Kosten nach sich ziehen, bei einem garantierten Ertrag von null Franken. Die Rechtsunsicherheiten würden auch zu Lizenzproblemen führen, wie STR Daniel Leupi erklärt hat, gerade bei Fremdaufträgen bei einer lizenzierten Software. Ihr verweist auf wirtschaftliche Vorteile und die Förderung von Innovation und Wirtschaftsstandort. Das ist reine Spekulation und zeigt, dass ihr keine Ahnung vom Markt habt. Es ist in Wahrheit marktverzerrend. Die SVP lehnt Motion wie Postulat in aller Form ab.*

Flurin Capaul (FDP): *Ich bin vom Votum von Derek Richter (SVP) überrascht. Hier wird eigentlich der Industrie-Standard gefordert. Gerade bei der Sicherheitsfrage sind die meisten Sicherheitskomponenten in der Informatik Open Source. Das sind zentrale*



Komponenten, die in jedem Handy, Laptop oder Computer zum Einsatz kommen. Das Sicherheitsargument gilt hier also nicht. Ich sehe es fast gleich wie STR Daniel Leupi. Wer die Motionsantwort genau liest, stellt die richtigen Fragen, um eine solche Grundlage zu schaffen. Ich glaube auch, dass ihr das als Motionäre überschätzt. Letztens war eine Ausschreibung für eine Applikation für Denkmalpflege auf der Beschaffungsplattform Simap. Obwohl das Open Source ist, wird es nicht viele andere geben, die eine genau gleiche Applikation brauchen können. Das schadet aber auch nicht. Darum unterstützen wir das Anliegen sowohl als Motion als auch als Postulat. Es ist ein guter Anstoss, dass man für die Open-Source-Fragen eine Grundlage schafft.

Beat Oberholzer (GLP): Die Motion und auch die ausführliche Antwort des Stadtrats sind interessant. Die Stadt schreibt, dass sie, wenn möglich, Standard-Software einsetzt und nur dann Eigenentwicklungen macht, wenn es keine bestehende Lösung gibt. Das ist natürlich sehr sinnvoll. Trotzdem entwickelt die Stadt selbst auch Software. Um die geht es, nicht nur um Serversysteme und Datenbanken. Wenn der Code von diesen Softwares offen verfügbar ist, hat das Vorteile. Ich denke auch an die Sicherheitsstandards. Das sehe ich anders als Derek Richter (SVP) und wie Flurin Capaul (FDP). In der Informatik-Welt gibt es den Spruch «Security by Obscurity». Wenn heikle Schnittstellen nicht geschützt, sondern nur in der Obskurität versteckt werden, ist das eine schlechte Praxis. Da hilft die Offenlegung des Source-Codes. Es ist klar, dass sich nicht jede Software gleich gut für Open Source eignet. Auch wenn es um Submissionen geht, kann man das gut in einem Erlass regeln. Die anderen Gründe, die aufgelistet wurden, haben uns nicht alle gleich überzeugt, beispielsweise weshalb jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für den Erlass sei. Dass Open Source Software auch gewartet und gepflegt werden muss, ist klar. Da macht sich niemand Illusionen. Der Wartungsaufwand ist aber nicht höher als bei Closed Source Software. Der Nachweis, dass ein reges Interesse seitens der Entwickler-Community bestehe, ist nicht so wichtig, wenn man selber entwickelt. Bei der Beschaffung von Standard-Software ist ohnehin klar, dass man keine unseriöse oder wenig verbreitete Lösung wählt. Man muss nicht unbedingt darauf warten, bis der Kanton seinen Erlass beschlossen hat. Bei Open Data hat man mit der Offenlegung der technisch lesbaren Datensätze auch nicht gewartet, bis der Kanton alles vorgebüschelt hat. Da ist die Stadt als Vorreiterin aufgetreten. Wir stimmen der Motion zu.

Michael Schmid (AL): Ich war bei den ersten zwei Voten etwas verwirrt. Im Postulat steht klar, dass es um Software geht. Deren Entwicklung verantwortet die Stadt Zürich, sei es selbstständig oder per Auftrag. Von beiden Rednern wurden viele Argumente genannt, weshalb man Open Source Software beschaffen und nutzen soll. Wenn die Stadt Zürich selbst Software entwickelt – was nicht der Regelfall aber manchmal notwendig ist – dann ist es eine sehr gute und effiziente Praxis, den Quellcode zu veröffentlichen. Den Aspekt der Sicherheit haben Beat Oberholzer (GLP) und Flurin Capaul (FDP) eingehend behandelt. Das Votum von Derek Richter (SVP) zeigt die digitale Inkompetenz einer Fraktion, wie man es bereits in vielen Vorstössen lesen musste. Die Veröffentlichung von Quellcode ist nicht nur aus Sicherheitsgründen sinnvoll, sondern auch ein Effizienzgewinn. Es geht nicht darum, die Investitionen der Stadt Zürich zu verschenken. Viel-



mehr gilt: Je mehr man teilt, desto grösser der Nutzen. Andere können neben Sicherheitsaspekten auch Verbesserungen erkennen und entsprechende Weiterentwicklungen vorschlagen. Diese stellen sie wiederum öffentlich zur Verfügung – wovon die Stadt Zürich profitiert. Dieses Prinzip ist in der Softwarebranche etabliert, insbesondere bei Server- und Sicherheitsinfrastrukturen, aber zunehmend auch bei Anwendungssoftware. Zusammengefasst gilt: «Public Money, Public Code».

Benedikt Gerth (Die Mitte): Open Source Software ist ein bewährtes Mittel, mit dem durch Schwarmintelligenz kontinuierliche Verbesserungen und Schwachstellen aufgedeckt werden können. Anders als von der SVP behauptet, stellt Open Source kein Sicherheitsrisiko dar, sondern erhöht die Sicherheit gerade dadurch, dass erkannte Lücken gezielt geschlossen werden können. Etablierte Unternehmen haben Respekt davor, Open Source Software zu übernehmen, weil kein renommierter Hersteller dahintersteht. Wenn ein CEO die Entscheidung trifft, eine Open Source Software einzusetzen und das Projekt scheitert, wird dies oft persönlich ausgelegt. Entscheidet er sich für eine teure Lösung von Microsoft oder einer anderen grossen Firma und es kommt dennoch zu Problemen, gilt dies als allgemeines Risiko, das jedem passieren kann. Unter dem Strich ist es meistens nicht effizienter oder kostensparender, auf Open Source Software zu setzen. Ob es zwingend immer sicher ist, kann man diskutieren. Aber die Chance ist sicher nicht kleiner als im Vergleich zu etablierten Herstellern. Zu den Ausführungen von STR Daniel Leupi: Die in der Antwort erwähnten Punkte sind notwendige Abklärungen, aber die können auch nach Eingang der Motion oder des Postulats gemacht werden. Daran hindert den Stadtrat niemand. Wir haben genügend kompetente Leute. Falls die Zeit nicht reicht, gibt es die Möglichkeit der Fristverlängerung. Ein Blick zur östlichen Nachbarstadt im Kanton Zürich zeigt: Was für Winterthur gut ist, ist für Zürich sicher auch gut genug. Die EVP-Fraktion stimmt dem Vorstoss als Motion oder Postulat zu.

Christian Häberli (AL): Das meiste wurde von den Vorredner*innen schon gesagt. Derek Richter (SVP), wenn wir in der Stadt Zürich eine solche Verordnung erlassen, sind wir kein Pestalozzi. Unter Artikel 9 im EMBAG ist das bereits so geregelt. Da sehe ich nicht ein, warum wir einen Zürich-Finish hinlegen sollten. Das Votum von Flurin Capaul (FDP) hat relativiert und darauf hingewiesen, dass das der Standard ist. Ich kann die Zurückhaltung des Stadtrates ein Stück weit nachvollziehen. Es gibt Entwicklungen auf Bundes- und Kantonsebene, bei denen es durchaus sinnvoll ist, diese aufeinander abzustimmen. Aber wie Benedikt Gerth (Die Mitte) sagte, kann man schon loslegen. Man verbaut sich nichts, wenn man einen solchen Grundsatz in der Verordnung festlegt. Ich erinnere mich gern daran, wie die Stadt Zürich bei solchen Themen die Vorreiterrolle übernahm. Beat Oberholzer (GLP) hat die Lancierung von opendata.swiss erwähnt. Ohne die Unterstützung der Stadt Zürich wären wir in der Open-Government-Data-Bewegung in der Schweiz nicht so weit gekommen. Ich möchte bestätigen, was Michael Schmid (AL) gesagt hat: Es geht um öffentliche Mittel und einen offenen Code, der allen zur Verfügung stehen soll. Wir unterstützen auch diesen Vorstoss.

Dr. Florian Blättler (SP): Vorhin wurde gesagt: «Public Money, Public Code». Schlussendlich geht es darum, wie wir mit unseren Steuergeldern umgehen. Ein klassisches



5 / 5

Beispiel aus den letzten Jahren ist das Fallführungssystem im Sozialdepartement. Da ging man bereits einen Schritt weiter: Die Entwicklung wurde nicht von der Stadt Zürich allein, sondern gemeinsam mit den Städten Basel und Bern getragen. Allerdings liegen der Code und die Rechte an diesem System weiterhin beim Hersteller. Das bedeutet: Wenn bspw. die Stadt Winterthur feststellt, dass Zürich, Bern und Basel ein gutes Fallführungssystem einsetzen, muss sie den gesamten Betrag an die Firma bezahlen. Damit würden nochmals Steuergelder ausgegeben – obwohl die drei Städte die vollständige Entwicklung bereits gemeinsam finanziert haben. Ich sehe nicht ein, weshalb wir abwarten sollten, bis der scheinbar allwissende Kanton eine Lösung entwickelt hat, um sie dann lediglich zu übernehmen. Die Verwaltung der Stadt kann mit dem Kanton zusammenarbeiten und gemeinsam eine Lösung entwickeln. Wir halten an der Motion fest.

Matthias Renggli (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat